

# Als Staatsfeind verfolgt

Berufsverbote: Betroffener weiter im Visier des Verfassungsschutzes. **Von Nick Brauns**

Am 28. Januar jährt sich der auf Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) zurückgehende sogenannte Radikalenerlass zum 50. Mal. Ein Großteil der daraufhin aufgrund von Aktivitäten in kommunistischen und antifaschistischen Vereinigungen oder der Friedensbewegung mit Berufsverboten im öffentlichen Dienst belegten Menschen ist längst im Rentenalter. Ein Ende ihrer Verfolgung durch den Inlandsgeheimdienst bedeutet das noch lange nicht. Diese Erfahrung musste jetzt Werner Siebler machen. Der Gewerkschafter hatte 1984 aufgrund seiner Mitgliedschaft in der DKP Berufsverbot als Postbeamter erhalten. Erst 1991 wurde er nach einer Entscheidung des Freiburger Arbeitsgerichts wieder von seinem früheren Dienstherrn als Briefzusteller beschäftigt. Seitdem Siebler 2019 in den Ruhestand getreten ist, liegt seine Altersrente 500 Euro unter dem Satz, den er bei durchgehender Beschäftigung bei der Post erhalten würde.

Der Freiburger engagiert sich im »Bundesarbeitsausausschuss der Initiative gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte«. Für den Verfassungsschutz sind solche Aktivitäten offenbar ein Grund, den Gewerkschafter weiterhin als Staatsfeind zu führen. Das wird deutlich aus der Antwort des Geheimdienstes auf ein Auskunftersuchen Sieblers, welche Informationen die Behörde über ihn gespeichert habe. Er habe zwar keinerlei Anspruch auf eine diesbezügliche Auskunft, heißt es in dem Schreiben, das Siebler vor wenigen Tagen erreichte, und aus dem er in einer Mitteilung vom Donnerstagabend zitiert. »Im Zuge des Ermessens« wurden ihm zumindest 37 »Erkenntnisse« mitgeteilt, die der Geheimdienst in den vergangenen 20 Jahren anhand »öffentlich zugänglicher« Tatsachen gesammelt hat. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass dem Dienst eine Vielzahl weiterer bis ins Jahr 1972 zurückreichender Daten vorliegen, die Sieblers Verwurzelung in der »linksex-

remistischen Szene« beweisen würden.

Registriert hat der Verfassungsschutz etwa das gewerkschaftliche Engagement Sieblers, der seit fünf Jahren Vorsitzender des DGB in Freiburg ist. Vorgeworfen wird ihm die Unterzeichnung einer Protesterklärung gegen die Wiederbelebung der Berufsverbotspraxis im Falle des Heidelberger Realchullehrers Michael Csażkóczy im Jahre 2007. Die Maßnahme gegen den antifaschistisch engagierten Lehrer wurde kurz darauf vom Verwaltungsgerichtshof Mannheim als grundrechtswidrig aufgehoben. Auch ein Aufruf zu einer Demonstration gegen die faschistische NPD aus dem Jahre 2002 wird Siebler vorgehalten. In seiner

Akte vermerkt sind ferner Auftritte auf Ferienlagern der linken Kinderorganisation »Rote Peperoni«, die Teilnahme an einer Jubiläumsfeier der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) sowie die Mobilisierung zu einem Ostermarsch.

Gegen den Bescheid des Verfassungsschutzes hat Siebler inzwischen Widerspruch eingelegt. Ziel solcher Überwachungsmaßnahmen sei die »politische Diffamierung der Betroffenen, die Verunsicherung und Abschreckung ihres Umfelds und die Ächtung und Isolierung missliebiger linker Positionen«, erklärte das Sprecherteam des Bundesarbeitsausschusses, dem Siebler angehört, am

Donnerstag. Anlässlich des 50. Jahrestages der Berufsverbote fordern die Betroffenen ihre politische Rehabilitation sowie eine Entschädigung für die erlittenen finanziellen Nachteile. Plänen der Ampelregierung zu einer faktischen Wiederauflage des Radikalenerlasses – nun unter dem Vorwand, die Unterwanderung des Staates durch Faschisten zu verhindern – erteilt der Zusammenschluss eine klare Absage. Der selbst in faschistische Netzwerke verstrickte Verfassungsschutz sei gar nicht in der Lage, etwas gegen »tatsächliche Verfassungsfeinde« zu unternehmen, zeigte sich Siebler am Freitag im Gespräch mit *junge Welt* überzeugt. Er verwies darauf, dass ihm gerade sein antifaschistisches Engagement angelastet werde. Die Auflösung des Verfassungsschutzes als Geheimdienst sei überfällig, so das Fazit.

**XXVII. INTERNATIONALE  
ROSA-  
LUXEMBURG-  
KONFERENZ**  
**HEUTE, SONNABEND,  
10:30 BIS 20:00**  
**GRATIS UND OHNE VORANMELDUNG**  
**[jungewelt.de/rlk](http://jungewelt.de/rlk)**



Großdemonstration von Betroffenen und Jugendorganisationen gegen den Radikalenerlass (Dortmund, 11.2.1978)

# Als Staatsfeind verfolgt

Berufsverbote: Betroffener weiter im Visier des Verfassungsschutzes. **Von Nick Brauns**

Am 28. Januar jährt sich der auf Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) zurückgehende sogenannte Radikalenerlass zum 50. Mal. Ein Großteil der daraufhin aufgrund von Aktivitäten in kommunistischen und antifaschistischen Vereinigungen oder der Friedensbewegung mit Berufsverboten im öffentlichen Dienst belegten Menschen ist längst im Rentenalter. Ein Ende ihrer Verfolgung durch den Inlandsgeheimdienst bedeutet das noch lange nicht. Diese Erfahrung musste jetzt Werner Siebler machen. Der Gewerkschafter hatte 1984 aufgrund seiner Mitgliedschaft in der DKP Berufsverbot als Postbeamter erhalten. Erst 1991 wurde er nach einer Entscheidung des Freiburger Arbeitsgerichts wieder von seinem früheren Dienstherrn als Briefzusteller beschäftigt. Seitdem Siebler 2019 in den Ruhestand getreten ist, liegt seine Altersrente 500 Euro unter dem Satz, den er bei durchgehender Beschäftigung bei der Post erhalten würde.

Der Freiburger engagiert sich im »Bundesarbeitsausschuss der Initiative gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte«. Für den Verfassungsschutz sind solche Aktivitäten offenbar ein Grund, den Gewerkschafter weiterhin als Staatsfeind zu führen. Das wird deutlich aus der Antwort des Geheimdienstes auf ein Auskunftersuchen Sieblers, welche Informationen die Behörde über ihn gespeichert habe. Er habe zwar keinerlei Anspruch auf eine diesbezügliche Auskunft, heißt es in dem Schreiben, das Siebler vor wenigen Tagen erreichte, und aus dem er in einer Mitteilung vom Donnerstag abend zitiert. »Im Zuge des Ermessens« wurden ihm zumindest 37 »Erkenntnisse« mitgeteilt, die der Geheimdienst in den vergangenen 20 Jahren anhand »öffentlich zugänglicher« Tatsachen gesammelt hat. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass dem Dienst eine Vielzahl weiterer bis ins Jahr 1972 zurückreichender Daten vorliegen, die Sieblers Verwurzelung in der »linksex-

remistischen Szene« beweisen würden.

Registriert hat der Verfassungsschutz etwa das gewerkschaftliche Engagement Sieblers, der seit fünf Jahren Vorsitzender des DGB in Freiburg ist. Vorgeworfen wird ihm die Unterzeichnung einer Protesterklärung gegen die Wiederbelebung der Berufsverbotspraxis im Falle des Heidelberger Realchullehrers Michael Csażkóczy im Jahre 2007. Die Maßnahme gegen den antifaschistisch engagierten Lehrer wurde kurz darauf vom Verwaltungsgerichtshof Mannheim als grundrechtswidrig aufgehoben. Auch ein Aufruf zu einer Demonstration gegen die faschistische NPD aus dem Jahre 2002 wird Siebler vorgehalten. In seiner

Akte vermerkt sind ferner Auftritte auf Ferienlagern der linken Kinderorganisation »Rote Peperoni«, die Teilnahme an einer Jubiläumsfeier der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) sowie die Mobilisierung zu einem Ostermarsch.

Gegen den Bescheid des Verfassungsschutzes hat Siebler inzwischen Widerspruch eingelegt. Ziel solcher Überwachungsmaßnahmen sei die »politische Diffamierung der Betroffenen, die Verunsicherung und Abschreckung ihres Umfelds und die Ächtung und Isolierung missliebiger linker Positionen«, erklärte das Sprecherteam des Bundesarbeitsausschusses, dem Siebler angehört, am

Donnerstag. Anlässlich des 50. Jahrestages der Berufsverbote fordern die Betroffenen ihre politische Rehabilitation sowie eine Entschädigung für die erlittenen finanziellen Nachteile. Plänen der Ampelregierung zu einer faktischen Wiederauflage des Radikalenerlasses – nun unter dem Vorwand, die Unterwanderung des Staates durch Faschisten zu verhindern – erteilt der Zusammenschluss eine klare Absage. Der selbst in faschistische Netzwerke verstrickte Verfassungsschutz sei gar nicht in der Lage, etwas gegen »tatsächliche Verfassungsfeinde« zu unternehmen, zeigte sich Siebler am Freitag im Gespräch mit *junge Welt* überzeugt. Er verwies darauf, dass ihm gerade sein antifaschistisches Engagement angelastet werde. Die Auflösung des Verfassungsschutzes als Geheimdienst sei überfällig, so das Fazit.

XXVII. INTERNATIONALE  
**ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ**  
HEUTE, SONNABEND,  
10:30 BIS 20:00  
GRATIS UND OHNE VORANMELDUNG  
[jungewelt.de/rlk](http://jungewelt.de/rlk)



Großdemonstration von Betroffenen und Jugendorganisationen gegen den Radikalenerlass (Dortmund, 11.2.1978)